

Informationen zur Durchführung von Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen einer Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz

Dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Gesundheit ist es ein Anliegen, das hohe Potenzial der beruflichen Weiterbildung – sei es die Weiterbildung von der Pflegehelferin bzw. vom Pflegehelfer zur Pflegefachperson oder die Umschulung zur Pflegefachperson – zur Deckung des Fachkräftebedarfs in der Pflege zu nutzen. Die nachfolgenden Informationen sollen Fragestellungen bezüglich der Durchführung und Finanzierung von Umschulungen oder von Weiterbildungsmaßnahmen aufgreifen. Sie sind mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales abgestimmt.

Neuregelungen im Zusammenhang mit dem Pflegeberufereformgesetz

Mit dem Pflegeberufereformgesetz wurden bezogen auf die Umschulung und Weiterbildung zwei wichtige Änderungen vorgenommen. Zum einen wurde die Möglichkeit zur dreijährigen Umschulungsförderung dauerhaft im SGB III (§ 180 Absatz 4 SGB III) verankert. Dies umfasst neben der Altenpflege zukünftig auch den bisherigen Bereich der Gesundheits- und Kranken- bzw. Kinderkrankenpflege.

Zum anderen wurde geregelt, dass bei einer Ausbildung zur Pflegefachperson nach dem Pflegeberufegesetz immer ein Ausbildungsvertrag mit bestimmten, gesetzlich vorgegebenen Mindestinhalten erforderlich ist. Das betrifft insbesondere auch die Zahlung einer angemessenen Ausbildungsvergütung. Diese ist auch dann zu zahlen, wenn sich die Auszubildende oder der Auszubildende in einer Umschulungsmaßnahme befindet. Entsprechend werden auch geförderte Umschüler bei der Festlegung des Ausbildungsbudgets berücksichtigt werden.

Verhältnis B-DKS und Pauschalbudgets nach dem Pflegeberufegesetz

Wie bisher bei Umschulungen in die Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheits- und Kinderkrankenpflege können auch bei Umschulungen in die neuen Pflegeberufe Lehrgangskosten über die Weiterbildungsförderung nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch von den Jobcentern beziehungsweise den Agenturen für Arbeit getragen werden.

In § 34 Absatz 3 Pflegeberufegesetz ist daher geregelt, dass die Pflegeschulen die angemessenen Lehrgangskosten den Auszubildenden in Rechnung stellen und diese von den Agenturen für Arbeit beziehungsweise den Jobcentern übernommen und an die Pflegeschulen ausgezahlt werden. Angemessen sind die Lehrgangskosten, die der Zulassung der Maßnahme für die berufliche Weiterbildungsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch und der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) zugrunde liegen.

Im Rahmen der Maßnahmezulassung in der neuen Pflegeberufeausbildung ist durch die Fachkundige Stelle die Maßnahmekalkulation sachgerecht zu prüfen. Die Maßnahmekalkulation ist unabhängig von Über-, Unterschreitung oder Entsprechung zu den jährlich von der Bundesagentur für Arbeit ermittelten durchschnittlichen Kostensätzen (Bundesdurchschnittskostensätzen – B-DKS) zu prüfen. Werden hierbei – z.B. wegen wesentlicher inhaltlicher oder konzeptioneller Änderungen der neuen Pflegeausbildung – im Vergleich zu der bisherigen Ausbildung die derzeitigen B-DKS überschritten, können die entsprechend begründeten höheren Kosten von den Fachkundigen Stellen zur Kostenzustimmung der innerhalb der Bundesagentur für Arbeit zuständigen Stelle vorgelegt werden (§ 180 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 SGB III). Die für die neue Pflegeausbildung zuzulassenden Lehrgangskosten sind daher nicht automatisch in Höhe der bisherigen B-DKS gedeckelt, sondern können bei Vorliegen von überprüfbar objektiven Kriterien durchaus auch höher liegen und zugelassen werden.

Verhältnis Pflegeberufegesetz zu Fördermaßnahmen des SGB III

Die §§ 29 Absatz 4 und 34 Absatz 3 Pflegeberufegesetz stellen klar, dass jegliche Kostenbelastung der Auszubildenden ausgeschlossen ist. So können Lehrgangskosten den Auszubildenden nur „soweit“ in Rechnung gestellt werden, wie diese auch durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter dann unmittelbar gegenüber den Pflegeschulen beglichen werden. Die §§ 29 Absatz 4 und 34 Absatz 3 Pflegeberufegesetz stellen ferner klar, dass die nach anderen Vorschriften aufgebrauchten Kosten (z.B. die nach SGB III gewährten Fördermittel) dann entweder bereits bei der Festsetzung des Ausbildungsbudgets mildernd berücksichtigt werden (§ 29 Absatz 4 Pflegeberufegesetz) oder aber nach deren Festsetzung mit der Ausgleichszuweisung verrechnet werden (§ 34 Absatz 3 Pflegeberufegesetz). Dass die Zahlungen aus dem Ausgleichsfonds nicht vollständig entfallen, wird jeweils durch das Wort „soweit“ eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Zulassung von Trägern und Maßnahmen der Arbeitsförderung nach der AZAV

Bereits bestehende Trägerzulassungen, die im Fachbereich 4 (§ 5 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 AZAV) bereits erteilt worden sind, bleiben auch mit Inkrafttreten des Pflegeberufegesetzes bestehen, da mit der Zulassung für diesen Bereich die grundsätzliche Eignung des Trägers von den Fachkundigen Stellen bescheinigt worden ist. Allerdings werden wegen der grundlegenden neuen Inhalte für den Unterricht in den Pflegeschulen neue Maßnahmezulassungen nach der AZAV erforderlich sein. In der Anlage findet sich eine Zusammenstellung, welche Unterlagen von den Fachkundigen Stellen für die Zulassung von Weiterbildungsmaßnahmen nach den neuen Pflegeausbildungen ab 2020 benötigt werden und welche Faktoren den zeitlichen Ablauf des Zulassungsverfahrens beeinflussen. Pflegeeinrichtungen, in denen der praktische Teil der Ausbildung durchgeführt wird, bedürfen dagegen keiner Zulassung (§ 176 Absatz 1 Satz 2 SGB III).

Arbeitgeberzuschuss nach § 82 Absatz 3 SGB III

Um Arbeitgeber zu unterstützen, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses zur Pflegefachkraft weiter- bzw. ausbilden, können diese nach § 82 Absatz 3 SGB III einen Zuschuss zu dem für die Zeiten der Weiterbildung fortgezählten Arbeitsentgelt erhalten. Mit Fortzahlung des Arbeitsentgelts durch den Arbeitgeber kann der bisherige Lebensunterhalt der jeweiligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch während der Ausbildung finanziell abgesichert und die Grundlage dafür geschaffen werden, dass die Betroffenen sich nachqualifizieren können.

Da für die Weiterbildung bzw. Ausbildung zur Pflegefachkraft nach § 16 Pflegeberufegesetz zwischen dem Träger der praktischen Ausbildung und den Auszubildenden auch ein Ausbildungsvertrag zu schließen ist, besteht nach § 19 Pflegeberufegesetz ein Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung. Pflichten eines bestehenden Arbeitsvertrags, die den Pflichten des Ausbildungsvertrags widersprechen, müssen suspendiert, also ruhend gestellt werden. Alle übrigen Pflichten und Rechte aus dem Arbeitsvertrag können jedoch fortbestehen. Das Arbeitsverhältnis wird nicht beendet.

Die Mehrkosten der Ausbildungsvergütung kann der Arbeitgeber als Träger der praktischen Ausbildung über das Finanzierungsverfahren im Rahmen der Ausbildungsbudgets refinanzieren (§ 29 Absatz 1 Pflegeberufegesetz). Im Übrigen können die Kosten über die allgemeinen Finanzierungsverfahren für Pflegeleistungen refinanziert werden. Der Zuschuss nach § 82 Absatz 3 SGB III wird daher nur auf das darüberhinausgehende, auf Grundlage des parallel bestehenden, jedoch hinsichtlich der Arbeitspflicht insoweit suspendierten Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber fortgezahlte Arbeitsentgelt gewährt.

Davon unberührt bleibt die Möglichkeit, eine Teilzeitausbildung mit Teilzeitarbeit zu kombinieren. Auch in diesen Fällen kann das auf die Weiterbildungszeiten bzw. Freistellungszeiten entfallende Arbeitsentgelt bezuschusst werden, nicht jedoch für die Zeiten, in denen die Arbeitsleistung aus dem Arbeitsverhältnis erbracht wird.

Welche Unterlagen werden für die Zulassung von Weiterbildungsmaßnahmen nach den neuen Pflegeausbildungen ab 2020 benötigt?

Träger müssen bei den Fachkundigen Stellen (FKS) nach den Empfehlungen des Beirats nach § 182 SGB III vom 05.02.2015 insbesondere folgende Nachweise bzw. Beschreibungen zur Maßnahmezulassung einreichen:

- Trägerzulassung (wenn die maßnahmezulassende FKS nicht die FKS ist, die auch die Trägerzulassung erteilt hat),
- Bestätigung Dritter (in diesem Fall die der Landesschulbehörde),
- Maßnahmekonzeption mit konkreter Definition des Maßnahmeziels, der Zielgruppe der Maßnahme, der Maßnahmeinhalte sowie der Materialien ihrer Vermittlung,
- Methodisch-didaktisches Konzept zur Umsetzung der Maßnahmekonzeption, Organisation des Lehrbetriebs (fachbereichsbezogene Qualifikation der Dozenten bzw. des Personals, welches in die Durchführung der Maßnahme eingebunden ist, Vertretungsregelungen, konzeptionelle und technische Unterstützung der Dozenten/des Personals, Teilnahmekontrolle),
- Konzept zur Maßnahmeerfolgskontrolle,
- Angaben zum angestrebten Maßnahmeerfolg bzw. zum Maßnahmeerfolg bei bereits durchgeführten Maßnahmen mit gleicher oder ähnlicher Konzeption,
- Überprüfung, ob die/der potentielle Teilnehmende zur Zielgruppe der Maßnahme gehört und das Maßnahmeziel – den erfolgreichen Abschluss der Maßnahme – erreichen kann,
- Einschätzung der Zweckmäßigkeit der Maßnahme hinsichtlich der Lage und Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes,
- Unterstützung der Teilnehmenden bei ihren beruflichen Eingliederungsbemühungen mit Hilfe der Maßnahme,
- Maßnahmekalkulation,
- Nachweise zur räumlichen, personellen und technischen Ausstattung (unter Berücksichtigung des Arbeits-, Gesundheits- und Datenschutzes) sowie
- Darstellung der Vernetzung am Arbeitsmarkt.

Demzufolge soll zur Zulassung ebenso das **schulinterne Curriculum** vorliegen.

Wieviel Zeit benötigen die Fachkundigen Stellen, um über die neuen Maßnahmezulassungen zu entscheiden?

Die Dauer eines Zulassungsverfahrens hängt von vielen Faktoren ab. Zum einen wird die Dauer des Zulassungsverfahrens durch die Qualität der Unterlagen beeinflusst, welche der Träger zur Zulassung einreichen muss. Wenn die FKS z. B. fehlende Unterlagen beim Träger nachfordern muss, kommt es in der Konsequenz zu einem zeitlichen Verzug.

Ein weiterer Einflussfaktor ist ggf. der Maßnahmekostensatz. Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt jährlich auf Grundlage der von den FKS gemeldeten zugelassenen Kostensätzen die Bundesdurchschnittskostensätze (B-DKS). Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, die den B-DKS überschreiten, unterliegen dem Zustimmungsvorbehalt der Bundesagentur für Arbeit (§ 180 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 SGB III). Dies bedeutet einen weiteren Zwischenschritt im Verfahren: Die Unterlagen werden vom Träger an die FKS gegeben; diese leitet sie, nach ggf. notwendigen weiteren Bearbeitungen, an die zuständige Stelle der Bundesagentur für Arbeit. Auch in diesem Prozess kann es (z. B. durch Rückfragen, Nachforderungen etc.) zu zeitlichen Verzögerungen kommen.